



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/244 - 19.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Konsequenzen der Dehler- Rede	S. 2
Ein Verlust für die ganze Welt	S. 3
Schleswig-Holstein - ein Warnsignal	S. 4
Funktionäre verlassen FDP	S. 6
Schuman-Plan nicht mehr gefragt	S. 7

Abbruch der Gespräche

R.D. Der FDP-Vorsitzende Dehler hat doch gesprochen! Ohne Rücksicht auf den Justizminister Dehler anscheinend und auf das Kabinett insgesamt, das ihn durch den Bundeskanzler bat, "mit Rücksicht auf die politische Situation des Tages" zu schweigen. Der DGB sieht in dieser angeführten Formulierung des Kanzlers und der nur mit Verzögerung und einigen Änderungen gehaltenen Dehler-Rede einen Affront und hat vorläufig sein Gespräch mit der Bundesregierung abgebrochen. Er ignoriert die allzu durchsichtige Unterscheidung zwischen dem Justizminister und dem Vorsitzenden der FDP.

Und in der Tat: Hier ist Herr Dehler mit voller Absicht in die Kulisse gestiegen, um das Kabinettsgespräch mit dem DGB über die Neuordnung der deutschen Wirtschaft zu stören. Es geht ihm und den Freunden seiner politischen Auffassung, die weit über den Kreis der FDP hinaus in die Koalition hineinreichen, um die Erhaltung der alleinigen Entscheidungsbefugnis des "fortschrittlichen, sozial aufgeschlossenen, verantwortungsbewussten Unternehmers" und um die Abwehr des Arbeitnehmeranspruchs auf das Mitbestimmungsrecht, über die Kohle-Stahl-Regelung hinaus, in der ganzen deutschen Wirtschaft.

Es ist läßig, sich über den Ton zu unterhalten, in dem Dehler seine Meinung vorträgt, eine Krähe kann nicht wie eine Nachtigall singen und täte sie es, so würde der Text ihres Liedes deswegen nicht wahrer. Herr Dehler ist letztlich nur deswegen Kabinettsmitglied und ebenso das Gros seiner Kollegen, weil sie nur kleine Schicht deutscher Unternehmer, zufolge der rücksichtslosen Ausübung ihrer wirtschaftlichen Macht, einen unverhältnismäßig hohen Anteil an politischem Einfluß geltend macht. Dehler und seine Freunde kämpfen mit allen Mitteln um diese Position und verwehren den Arbeitnehmern den Einbruch in ihre geheiligte Ordnung, den Umbau unserer Gesellschaft und

Wirtschaft.

Bei Kohle und Stahl ist dieser Umbau juristisch vollzogen, faktisch wird er stellenweise hintertrieben. Ein gemeinsames Beratungsorgan aus Unternehmern und Arbeitgebern als Bundeswirtschaftsrat ist konzipiert. Soll dieses Organ nicht nach dem Beispiel des "Reichswirtschaftsrates" der Weimarer Republik nur eine rhetorische Bühne werden, so ist seine weitere Fundierung durch die betriebliche Mitbestimmung in der gesamten Wirtschaft und seine vertikale Verbindung mit betrieblichen und regionalen Organen notwendig. Erst dadurch würde aus der parlamentarischen Demokratie ähnliches System wirtschaftlicher Demokratie und demokratischer Mitverantwortung in der Wirtschaft geschaffen, das unternehmerische Willkür und einseitige Interessenpolitik ausschaltet, ohne notwendig die unternehmerische Initiative zu beschränken.

Zur Zeit gehen die Verhandlungen zwischen Kabinett und DGB um die Mitbestimmung in der chemischen Industrie und den Aktienumtausch der neuen Unternehmen in Chemie, Stahl und Kohle. Hierbei ist das Kabinett im Einvernehmen mit alliierten Stellen um die Restauration der Alt-Eigentümer durch Aktienumtausch bemüht, der DGB aber um die betriebliche Mitbestimmung und eine Eigentumsregelung in diesen Industrien, über die der Bundestag entscheiden soll und die nach Gesetz 27 verprochen ist. Die Herren des Kabinetts und mit ihnen Herr Dehler haben es leicht. Sie beherrschen als Beauftragte der wirtschaftlichen Machtinteressenten die politischen Positionen und stützen sich auf eine längst zweifelhafte Parlamentsmehrheit, die ihnen sogar gestattet, das "politische" Gesicht zu wahren und ihr machtwirtschaftliches Fundament zu leugnen. Dem DGB aber versuchen sie - siehe Dehlerrede - zu diffamieren, da er anstrebe und streiftig mache, was sie selbst besitzen - die politische Macht.

Es ist nur logisch und nicht sonderlich aggressiv, ein Gespräch mit einem Partner zu unterbrechen, an dessen Verhandlungsbereitschaft Zweifel erlaubt sind, solange er sich nicht von Heckenschützen aus seinen eigenen Reihen ausdrücklich distanziert und verhindert, daß während des Gespräches Fakten geschaffen werden (Vorbereitung zum Aktienumtausch), die dem Ziel des Gesprächs diametral entgegenstehen.

Und welcher Ausweg, Herr Dehler, bleibt dann noch den Gewerkschaften, ihr Ziel zu erreichen, wenn die unrealen politischen Fakten ihm entgegenstehen, als ihre wirtschaftlichen Machtmittel, genau wie ihre Gegner bei der Durchführung von Preisgesetzen und der Finanzierung von Wahlen, rücksichtslos zu gebrauchen? - Dann wollen Sie gehen? Die Bundesrepublik wird dadurch keinen großen Verlust erleiden!

+ + +

Die Schüsse von Rawalpindi

f. Rawalpindi, der Schauplatz der Ermordung des pakistanischen Premierministers, liegt in der Nähe der Grenze von Pakistan und Kaschmir. Es lag daher nahe, den Mörder unter den Fanatikern zu suchen, denen die Politik des Premiers in dem pakistanisch-indischen Streit um Kaschmir zu maßvoll war. Diese Vermutung hat sich nicht bestätigt. Karatschi meldet, daß der Mörder ein Afghane gewesen sei. Falls sich die Nachricht bewahrheitet, dann ist Liaquat Ali Khan das Opfer eines Streites geworden, von dem die westliche Welt bisher kaum Kenntnis genommen hat. Dieser Streit Pakistans mit Afghanistan ist zwar weniger ernst, als der mit Indien, aber er birgt dennoch genügend Zündstoff in sich, um möglicherweise eines Tages die Aufmerksamkeit der Welt in Anspruch zu nehmen.

Pakistan, der größte islamische Staat der Welt, ist eine junge und künstliche Gründung. Es ist der einzige Staat der Erde, der aus zwei Teilen besteht, die durch tausend Kilometer voneinander getrennt sind. In den vier Jahren seines Bestehens ist er bereits in schwere Katastrophen geworfen worden. Kurz nach seiner Gründung hat der junge Staat die fürchterlichen Unruhen erlebt, die sich aus der Teilung Indiens in die Indische Union und Pakistan ergeben haben. Ein Jahr später, im September 1948, hat er durch den Tod seines Schöpfers, Mohammed Ali Jinnah, einen unersetzlichen Verlust erlitten. Nun hat die Ermordung seines Premiers Pakistan des Mannes beraubt, dessen maßvoller Politik das Land wie die Welt verdankt, daß der Streit mit Indien um Kaschmir nicht schon schlimmere Folgen angenommen hat.

Die Schüsse von Rawalpindi sind ein neues düsteres Zeichen für die Stärke der Erschütterung, die den ganzen Orient seit dem Ende des zweiten Weltkrieges erfaßt hat und die sich in politischen Morden, Revolutionen und in den wilden Aufbegehren gegen die Reste des westlichen Imperialismus Luft macht. Die Liste der Attentate wird immer länger. Es sei nur erinnert an die Ermordung des persischen Premiers Razzara und des Königs Abdullah von Jordanien, denen kürzlich erst der Mord an dem britischen Hochkommissar

für Malakka gefolgt ist.

Die Folgen des Attentats auf Liaquat Ali Khan vermag niemand vorauszusehen. Es mag sein, daß das Entsetzen über die Bluttat die Kräfte der Vernunft und des Maaßes stärkt. Der Generalgouverneur, der das höchste Staatsamt aufgibt, um die Nachfolge des Ermordeten anzutreten, ist ein Mann, von dem man annehmen darf, daß er nicht nur das Amt, sondern auch den Geist übernimmt, in dem es Liaquat Ali Khan verwaltet hat.

+ + +

Dem Richter schlug das Gewissen

E.M.-Kiel, Mitte Oktober

Die politische Entwicklung in Schleswig-Holstein hat seit länger als einem Jahr Anlaß zu ernster Besorgnis gegeben. Dieses kleine Land von zweieinhalb Millionen Einwohnern, mit einem Flüchtlingsanteil von rund vierzig Prozent, hat bereits im September 1950 stärkstes Befremden in der Weltöffentlichkeit erweckt, als es sein erstes sechsköpfiges Kabinett mit vier ehemaligen PGs unter Dr. Bartram aufstellte. In keinem anderen Bundesland war es bisher möglich, daß ein früherer Nationalsozialist Minister werden konnte. Doch auch das gegenwärtige Kabinett Lübke ist in demselben Maße "vorbelastet".

Es ist ein Gebot des Anstandes, seinem Nächsten so lange zu trauen, bis er nicht Anlaß zum Gegenteil gibt. Auch in der Politik sollte Fairneß das oberste Gebot sein. Einem Politiker von vornherein zweifelhafte Motive zu unterstellen, sollte gerade in einer Demokratie, die nur durch die Mitwirkung aller am öffentlichen Leben gedeihen kann, verpönt sein. Umgekehrt freilich sollte gerade heute jeder einzelne hellhörig darüber wachen, daß nur diejenigen als Wortführer anerkannt werden, die der Demokratie mit ihrem ganzen Herzen dienen.

Die jüngste Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags machte es allerdings schwer, vorbehaltlos an die echte demokratische Gesinnung der Kieler Regierungsparteien zu glauben. Einen vollen Tag wurde über zwei Antinazifizierungsprobleme diskutiert -

ein Thema, das nicht nur heikel, sondern inzwischen auch bei überzeugten Demokraten fragwürdig geworden ist. Es gibt wohl niemanden in Deutschland, der nicht die ganze Entnazifizierung endlich zum Teufel wünschte.

Doch in Kiel lagen die Dinge anders. Hier ging es um zwei jener prominenten Verbrechertypen des "Dritten Reiches", die in hohem Maße für das Unglück von 68 Millionen Deutschen im vollen Umfang mitverantwortlich sind. Der Fall Lohse ist genügend bekannt. Ebenso empörend wie die Zuerkennung eines Pensionsanspruches an den früheren Nazi-Gauleiter war eine Anordnung des Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung, Oskar-Hubert Dennhardt (CDU), der der Ansicht ist, daß das Eigentum des verstorbenen Reinhard Heydrich, unter Hitler "Chef des Reichssicherheitshauptamtes", SS-Obergruppenführer, "Reichsprotector für Böhmen und Mähren" und Begründer der Gaskammern, vor einer Beschlagnahme geschützt werden muß.

Im Falle Heydrich (er wurde 1942 in Prag niedergeschossen und Hitler befahl dafür die "Ausrottung" von Lidice) handelt es sich um sein im Grundbuch gesperrtes Gut Burg-Tiefe auf Fehmarn. Heydrichs Frau Mina geb. von Osten bemühte sich bei Dennhardt, dieses Gut frei zu bekommen. Dennhardt gab entsprechende Anweisungen. Doch der Grundbuchrichter in Burg weigerte sich, den Sperrvermerk im Grundbuch zu löschen. "Er könne es vor seinem Gewissen nicht verantworten", sagte er. Gegen den Amtsgerichtsrat wurde Aufsichtsbeschwerde bei der vorgesetzten Dienststelle erhoben. Sie hat bis heute noch nicht dazu Stellung genommen.

So aufsehererregend diese beiden Fälle sind - alarmierender ist das Verhalten der Kieler Regierungsparteien. Die SPD hatte die Abberufung Dennhardts als Entnazifizierungs-Sonderbeauftragten beantragt. Der Wahlblock aus CDU, FDP und DP, sowie der BHE, lehnten das jedoch ab. Dr. Meinicke-Pusch (FDP) sagte, der Fall Heydrich müsse korrekt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch behandelt werden; danach habe Frau Heydrich einen "Rechtsanspruch" auf das Gut ...

Lohse beabsichtigt übrigens, auf Rückerstattung seines mit Parteigeldern erworbenen Gutes Lindhöft von rund 150 Hektar zu klagen und - offenbar dem Landsberger Beispiel seines "großen Führers" folgend - ein Buch zur "Rechtfertigung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein" zu schreiben. Dies alles könnte beinahe ein Kabarettsscherz sein; aber leider ist es nur allzu bitterer Ernst. Sollte man in Schleswig-Holstein wirklich schon vergessen haben, "wie es anfing" - damals 1925, 1930, 1933? Und wäre es nicht wirklich richtiger, das deutsche Volk prüfe die Männer genau auf Herz und Nieren, die es als die Repräsentanten seines Willens in die

Hessische FDP in der Krise

(sp) In der hessischen FDP kriselt es. Im Landesvorstand sind Umgruppierungen vorgenommen worden. Der bisherige 1. Geschäftsführer, Roland Ekerschar, wurde durch Mehrheitsbeschluß zum Rücktritt gezwungen, sein Stellvertreter trat der SPD bei. Auch in Gießen erfolgten Übertritte von FDP-Funktionären zur SPD.

Durch große Bestätigung beim Landesvorstand der FDP. Man sucht nach den Ursachen, dabei sind sie ganz klar. Es ist die pro-kapitalistische, schamlosmachende, volksfeindliche Unternehmerpolitik, die die FDP als stärkster Exponent des Besitzbürgertums auf der Bundesebene durchsetzt und deren Folgen sich in unheilvoller Vertiefung der Klassegegensätze ausdrücken. Auch er sei, heißt es in einem Brief des Generalsekretärs Dotley Deetjen an einen enttäuschten FDP-Funktionär, mit der Entwicklung der politischen Verhältnisse auf der Bundesebene unzufrieden, sehe aber keinen Ausweg, als weiter mitzumachen, um "eine Katastrophe zu verhindern". Nach den bisher gemachten Erfahrungen halte er es für möglich, daß "Männer wie Sie" Anlehnung an die SPD suchen. Der Mann hatte nicht einmal Unrecht.

Und weiter heißt es in dem Brief: "Ich will nicht annehmen, daß Sie mir durch Ihr Beispiel demonstrieren wollen, daß es unter den Mitgliedern der NSDAP eben doch auch eine große Zahl von Opportunisten gegeben hat. Wenn Sie ein Idealist wären, dürfte es doch für Sie undenkbar sein, in irgendeiner Weise mit dem Marxismus zu paktieren, den Sie als Nationalsozialist mit Feder und Schwert bekämpft haben"... - "Immerhin darf ich Ihnen sagen, daß ich in den Kreisen unserer Gegner bereits den Ruf gekriegt, planmäßig in Hessen herumzureisen, um alte SS-Leute anzusprechen. Ein solcher Ruf kommt ja nicht von ungefähr. Daß es viele Mißstände innerhalb unserer Partei noch zu überwinden gilt, wissen wir genau so gut wie Sie"... - "Jedenfalls will ich nicht hoffen, daß wir uns einmal als Bedner verschiedener Parteien im Wahlkampf und in der Diskussion begegnen. Ich habe in meinem fast 30jährigen politischen Leben gelernt, daß man nicht weiterkommt, wenn man den Gegner mit Glacé-Handschuhen anfäßt, und ich hätte es gern vermieden gesehen, daß ich ihnen eines Tages mit derselben Schärfe begegnen müßte, wie ich das allen Diskussionsrednern gegenüber zu tun pflege, wenn es mir im Interesse meiner politischen Ziele als notwendig erscheint".

Bei den Schwierigkeiten seiner Partei wird auch die Sammlung alter SS-Leute Deetjen nicht davor bewahren, daß auch seine politischen Gegner im Wahlkampf die Glacé-Handschuhe ausziehen, um seinen eigenen Opportunismus und die soziale Stellung seiner Partei kritisch zu untersuchen.

+ + +

(sp) "Die Preise hoch..." Das unter diesem Titel für den 17. Oktober vorgesehene Diskussionsgespräch im Politischen Forum des NWDR findet nun endgültig am 24. Oktober zwischen 20.05 und 22.35 Uhr statt. Im Funkhaus Hamburg werden ein sozialdemokratischer Sprecher (J.F. Warner) und je ein Politiker der CDU, der FDP und des BHE über das heutige Preisniveau und die politischen und wirtschaftlichen Fragen, die hiermit in Zusammenhang stehen, diskutieren.

+ + +

Übergangener 18. Oktober

(sp) Sang- und klanglos ist der 18. Oktober 1951, bis zu dem der Schuman-Plan von allen beteiligten Staaten ratifiziert werden sollte, vorübergegangen, ohne daß auch nur eines dieser Länder annähernd so weit wäre. Viel weniger ist geschehen: In allen Staaten, sogar in der Deutschen Bundesrepublik, ist der Gegenstand auch nur in die erste Lesung irgend eines Parlamentes gekommen.

Viele Monate lang suchte die Bundesregierung den Eindruck zu erwecken, als ob die schnelle Verabschiedung des Schuman-Plans das A und O jeder guten Europapolitik sei. Alles das war Bluff. An diesem Beispiel zeigt sich besonders sinnfällig, wie absolut fehl am Platze das Drängen des Kanzlers auf deutsche Vorleistungen dieser Art ist, die hier so weit ging, daß man ein Kernstück der deutschen Kohlewirtschaft, die DKV (Deutsche Kohlen-Verkaufsorganisation) bereits ohne jede Gegenleistung aufgegeben hat.

Glaubte der Bundeskanzler etwa, mit der übereilten Unterzeichnung dieses Vertrages bei den Alliierten gute psychologische Voraussetzungen für all' das zu schaffen, was nach dem Schuman-Plan zur Debatte gestellt wurde, vom Pleven-Plan bis zu den gegenwärtigen Verhandlungen über die Durchführung der Washingtoner Beschlüsse? Das wäre sehr naiv gewesen. Er hätte sich vielmehr sagen müssen, daß das genaue Gegenteil eintreten werde: Daß gerade die übertriebene Bereitschaft, sich für den Schuman-Plan einzusetzen, die schlechtesten Verhandlungsvoraussetzungen für den Kampf um die übrigen mindestens ebenso wichtigen, wenn nicht wichtigeren, Komplexe einer leider falsch angelegten europäischen Integration schaffen müßte.

Wenn die anderen Mächte sich seit Monaten so zögernd verhalten, so hat das verschiedene Gründe. Einmal liegt ihnen so lange an der Verwirklichung des Schuman-Planes relativ wenig, so lange sie z.B. in der Ruhrbehörde und im geltenden Besatzungsregime noch die Instrumente fest in der Hand haben, für die Schuman- und Pleven-Plan samt zu revidierendem Besatzungsstatut erst den wirksamen Ersatz bilden sollen. Es mag auch das Bedürfnis mitgesprochen haben, Adenauer nicht noch über das vorhandene Maß hinaus durch ein Drängen in der Schuman-Plan-Frage zusätzliche akute Schwierigkeiten zu bereiten. Daneben sind freilich in einzelnen Ländern, vor allem bei den Sozialisten, die sachlichen Bedenken gewachsen.

Der Art. 99 spricht vage von "zu treffenden Maßnahmen", wenn die erwähnte Sechsmonats-Frist überschritten sei. Dabei sollte man nicht an Formalien denken, etwa eine Fristverlängerung oder dergleichen. In Betracht käme nur ein entscheidender Eingriff in die Substanz des Planes als Gegenstand neuer Verhandlungen. Ihr Ergebnis müßte sich von dem gegenseitigen Vertragstext grundlegend unterscheiden.

+ + +

Berichtigung:

In der Volkswirtschaft Nr. 27 vom 18. Oktober 1951 sind in dem Artikel "Ehrbare Kaufleute" am Schluß des Abs. 2 und in der fünften Zeile des Abs. 3 zwei sinnentstellende Schreibfehler unterlaufen. In beiden Fällen muß es nicht Solidarität, sondern S o l i d i t ä t heißen. - Wir bitten um Entschuldigung und Korrektur. (D.Red.)

Verantwortlich: Peter Raunau